03.02.2012

12 Thesen nach dem ersten Jahr Arbeit in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“

1. Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hat die Aufgabe, die Umbrüche in Wirtschaft und Gesellschaft zu bewerten und grundlegende programmatische Empfehlungen zu geben. Im Zentrum steht die Frage, ob unser Wohlstandsverständnis und die Ausrichtung auf wirtschaftliches Wachstum in der Lage sind, die ökonomischen, gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen zu bewältigen, die sich insbesondere in der Finanz- und Wirtschaftskrise, sozialer Ungleichheit, Klimawandel und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen zeigen. Enquete-Kommissionen sind – wie viele Beispiele zeigen – ein gutes Instrument, um anknüpfend, aber nicht verengt auf die Tagespolitik parteiübergreifend Grundlagen für Reformen und einen neuen gesellschaftlichen Konsens zu schaffen. Das ist auch unser Ziel.

2. Unser Verständnis einer modernen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist stark geprägt von der Phase zwischen 1950 und 1975 in Westdeutschland, als auf der Basis eines außergewöhnlich hohen wirtschaftlichen Wachstums die soziale Marktwirtschaft geschaffen und die Demokratie gefestigt wurde. Seitdem haben sich national wie international die ökonomischen, technischen und politischen Rahmenbedingungen massiv verändert. Zudem sind neue Antworten notwendig, sowohl um soziale und demokratische Errungenschaften zu sichern und neu zu festigen als auch um neue Herausforderungen zu bewältigen, die sich beispielsweise aus dem Finanzkapitalismus, den ökologischen Gefährdungen oder dem demografischen Wandel ergeben. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft erneuern und zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft erweitern.

3. Wirtschaftswachstum ist kein Ziel, sondern *ein* Mittel, um gesellschaftliche Ziele wie soziale Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Wohlstand und Teilhabe zu erreichen. Diese Erkenntnis steht auch hinter der Leitidee der Brundtland-Kommission, Wachstum auf eine neue Ebene zu heben, um zu einer nachhaltigen Entwicklung zu kommen. Gerade die Jahre vor der aktuellen Finanzmarktkrise haben gezeigt, dass eine weitgehend unkontrollierte und unbegrenzte Maximierung von kurzfristigen Gewinnen zwar das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für eine kurze Zeit befördern kann, mittel- und langfristig aber zu Lasten von Lebensqualität und Wohlstand, und damit von gesellschaftlichem Fortschritt geht.

4. Das BIP ist nur bedingt als Wohlstandsindikator geeignet. Es erfasst nur Güter (Waren und Dienstleistungen), die am Markt gehandelt werden und dort mit einem Preis versehen sind. Alle Produktionsprozesse, die diese Kriterien nicht erfüllen, werden vom BIP grundsätzlich nicht erfasst (so zum Beispiel unbezahlte Betreuungs- und Pflegearbeit und ehrenamtliche Tätigkeiten). Auch staatliche Dienstleistungen können nicht direkt ins BIP eingerechnet werden, sondern werden allenfalls über ihre

Kostenseite berücksichtigt. Soziale und ökologische Kosten können paradoxerweise zur Steigerung des BIP beitragen, da der Prozess der „Zerstörung“ oft Kosten verursacht (z.B. über Neuproduktion oder Beseitigung von Schäden). Die Höhe des BIP lässt zudem keine Rückschlüsse zu auf die Verteilung von materiellem Wohlstand, vor allem auf die Einkommens- und Vermögensverteilung, die Externalisierung von Kosten (z.B. Überlastung der natürlichen Lebensgrundlagen oder Ressourcenverzehr), oder auch auf die Zukunftsfähigkeit eines Entwicklungsmodells (Investitionen in Bildung). Alternative Messgrößen zur Ergänzung des BIP sind deshalb notwendig.

5. Es sollte nicht das Ziel von Politik sein, das BIP grundsätzlich zu steigern, aber auch nicht, es grundsätzlich zu begrenzen. Wohl aber geht es darum, Antworten auf die sozialen und ökonomischen Ungleichheiten sowie auf die Überlastung der natürlichen Lebensgrundlagen und die Knappheit von Ressourcen zu finden und eine sozial-ökologische Marktwirtschaft zukunftsfähig zu machen. Politik schafft die Rahmenbedingungen und damit Anreizstrukturen, Gebote und Verbote, innerhalb derer sich Wirtschaft und Gesellschaft qualitativ entwickeln sollen. Deshalb geht es darum, über die Gestaltung der Rahmenbedingungen – wenn nötig auch durch strikte regulatorische Interventionen – die sozial- und umweltverträglichen Elemente des BIP-Wachstums, also „qualitatives Wachstum“ zu stärken, schädliche Bereiche schnell zurückzudrängen und beispielsweise virtuelles Wachstum, das vor allem im Bereich der Finanztransaktionen entsteht, zu begrenzen.

6. Statt quantitativen Wachstums ist eine qualitative Entwicklung nötig, an der alle Menschen teilhaben können. Sie muss nachhaltig sein, den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch die Stärkung des sozialen und die Bewahrung des ökologischen Kapitals sichern. Notwendig sind dafür auch sowohl die Erweiterung der Freiheits- und Teilhaberechte als auch die Sicherung und Verbesserung der öffentlichen Güter. Dazu wird die Enquete-Kommission nun konkrete Vorschläge entwickeln, damit die politischen Entscheidungsträger bald die richtigen Grenzen oder Anreize als Leitplanken für die Ausrichtung einer besseren Form der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft setzen können.

7. Wir müssen anerkennen, dass viele Faktoren, die in den kommenden Jahrzehnten die Entwicklung in Deutschland bestimmen werden, sich nur schwer verändern lassen. Der demographische Wandel der Gesellschaft ist kaum noch zu beeinflussen, Auswirkungen jedoch schon. So können über eine bessere Bildung und Ausbildung, über systematische Weiterbildung, eine Modernisierung der Infrastruktur sowie durch eine deutlich höhere Frauenvollerwerbsquote und eine andere Verteilungspolitik negative Auswirkungen des demographischen Wandels erheblich verringert werden. Sollten keine weitreichenden strukturellen Veränderungen in Deutschland einsetzen, so wird in den kommenden Jahrzehnten wegen des demographischen Wandels und der damit verbundenen Verringerung der arbeitsfähigen Bevölkerung mit einer weitgehenden Stagnation des klassischen BIP-Wachstums zu rechnen sein. Das BIP pro Kopf würde zwar weiter ansteigen, aber das in der deutschen Volkswirtschaft verfügbare Gesamteinkommen würde kaum noch steigen und damit auch der finanzielle Spielraum der öffentlichen

Hand. Die Enquete-Kommission muss deshalb die Frage beantworten: Wie kann eine Demokratie auch in Zeiten niedrigen BIP-Wachstums gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern, ohne die Nachhaltigkeit und damit die Zukunft ihrer eigenen Existenz aufs Spiel zu setzen?

8. Die Arbeitswelt muss so gestaltet werden, dass mehr Menschen an ihr so teilhaben, dass eine ausgewogene Arbeitszeitverteilung erreicht wird und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert wird. Prekäre Arbeitsverhältnisse, die langfristig die Existenz nicht sichern und damit die Menschen von kultureller und gesellschaftlicher Teilhabe ausschließen, sind mit den Grundsätzen einer sozialen Marktwirtschaft nicht vereinbar.

9. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung muss nachhaltig sein, sozial- und naturverträglich und darf die Lebens- und Produktionsbedingungen künftiger Generationen nicht untergraben. Hierbei geht es auch um Synergien in Bereichen der Produktion, des Umgangs mit den natürlichen Ressourcen, der Beschäftigung, der Finanzen und des Sozialsystems. Im Sozialbereich müssen die „Inklusivität“ und dem Abbau sozialer Ungleichheiten ein höherer Stellenwert zugemessen werden. Dies ist auch eine Voraussetzung für die soziale Akzeptanz nachhaltiger Entwicklung.

10. Längerfristig kann jede regionale oder globale Wirtschaft nur dann dauerhaft sein, wenn sie die "planetarischen Grenzen“ nicht verletzt. Insbesondere beim Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Stickstoffkreislauf sind diese Grenzen jedoch bereits überschritten. Diese Grenzüberschreitungen sind mit ökologischen und ökonomischen Schäden verbunden, die in den letzten Jahren sichtbar geworden sind. Aus dem Nachhaltigkeitsprinzip ergibt sich deshalb die Notwendigkeit von ordnungs- und fiskalpolitischen Maßnahmen zur Einhaltung dieser Grenzen – es ergeben sich aber auch erhebliche wirtschaftliche Chancen. Nachhaltige Entwicklung erfordert nicht nur eine massive Effizienzsteigerung bei der Ressourcen- und Energienutzung, sondern auch die dauerhafte Einordnung von Produktion und Konsum in die Kreisläufe der Natur. Von daher gehören Effizienz, Konsistenz und Suffizienz zusammen, um zu Nachhaltigkeit zu kommen.

11. Nachhaltiges Wirtschaften verfolgt auch das Ziel, hohe Zuwächse im Bereich von umwelt- und ressourcenschonenden Produkten und Verfahren zu generieren. Ein Bündnis Arbeit und Umwelt wird zu einer wichtigen Grundlage für eine nachhaltige Wirtschaft. Es strebt aber auch nach einer absoluten Entkopplung des Umwelt- und Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum. Wachsen müssen beispielsweise Effizienztechnologien, Erneuerbare Energien, aber auch umwelt- und ressourcenschonende Material- und Produktionsverfahren, wogegen die CO_2-intensiven Energieträger durch Erneuerbare Energien und Effizienztechnologien schrittweise und sozialverträglich abgelöst werden müssen. Deshalb sind Konzepte wie „Green Economy“ richtig für die sozial-ökologische Erneuerung. Sie sind aber keine Formel zur Wiedergewinnung sehr hoher BIP-Wachstumsraten.

12. Geringere BIP-Wachstumsraten sind keine grundsätzliche Bedrohung für gesellschaftlichen und individuellen Wohlstand. Bereits im zurückliegenden Jahrzehnt waren unsere Wachstumsraten deutlich niedriger als diejenigen von Schwellenländern, allerdings auf einer sehr viel höheren Ausgangslage, so dass absolut gesehen das mengenmäßige Wachstum immer noch sehr hoch war. Unsere Gesellschaft hat sich weiter entwickelt und in Schlüsselbereichen, gerade was nachhaltiges Wirtschaften betrifft, Innovationen und damit Fortschritt hervorgebracht. Unser Wohlstandsniveau ist in einem großen Teil der Bevölkerung weiterhin sehr hoch, alarmierend sind aber die zunehmenden sozialen Unterschiede und ökologischen Gefahren. Anstatt unser Hauptaugenmerk nun auf eine immer weitere Steigerung des BIP-Wachstums zu richten, muss es primär darum gehen, erstens eine gerechtere Verteilung des erwirtschafteten Wohlstandes zu erreichen und zweitens die gesellschaftlichen und ökologischen Folgen der eingetretenen Saturiertheit noch besser zu begreifen und politisch zu beantworten.

Kerstin Andreae
Ingrid Arndt-Brauer
Prof. Dr. Ulrich Brand
Edelgard Bulmahn
Prof. Dr. Henrik Enderlein
Dr. Thomas Gambke
Prof. Dr. Martin Jänicke
Daniela Kolbe
Sabine Leidig
Ulla Lötzer
Michael Müller
Dr. Hermann Ott
PD Dr. Norbert Reuter
Prof. Dr. Uwe Schneidewind
Prof. Dr. Gert Wagner
Dr. Valerie Wilms
Waltraud Wolff